Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 6. | Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6175. | Hannover, Sonnabend, 24. März 1900. | Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offerten-Annahme 10 Pf. Redaktion: Leinstr. 31. Verlag: Nikolaistr. 46. | 9. Jahrg.

Der bayerische Fabrikinspektions-Bericht für 1899

hat soeben als erster die Reihe der 1899er Berichte eröffnet, und wir könnten zufrieden sein, wenn die ganze Reihe der Einleitung entspräche. Gehörten doch die bayerischen Berichte seit Jahren zu den besten und hatte doch die bayerische Inspektion, die auch die kleineren Gewerbebetriebe umfaßt, mancherlei Vorzüge vor allen übrigen aufzuweisen, die wir bereits in früheren Jahren ausreichend erörtert haben. Der neueste Berichtsband steht in dieser Beziehung hinter seinen Vorgängern nicht zurück, sondern erfreut durch neue Fortschritte. So werden jetzt die alljährlichen Spezialerhebungen über einzelne Berufe (im Berichtsjahr über das Schmiedegewerbe) als Anhang, getrennt von den Einzelberichten, veröffentlicht, wodurch das Studium derselben erleichtert wird. Die weiblichen Funktionäre, deren je 1 in München und Nürnberg angestellt ist, haben in ihrer Mitwirkung an der Erhebung über die Fabrikarbeit verheiratheter Arbeiterinnen und namentlich in den Darstellungen der Ergebnisse derselben den Beweis ihrer Befähigung und Nützlichkeit erbracht. Eine Streikstatistik des oberbayerischen Berichts vereinigt in sich die Vorzüge der Uebersichtlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Objektivität; sie kann namentlich in letzterer Hinsicht den in den übrigen deutschen Berichten bisher üblichen Tendenzbilderchen über Ausstände als Muster einer guten Streikberichterstattung gegenübergestellt werden. Allerdings wäre sie, wie jede gewissenhafte Streikstatistik, ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften nicht möglich gewesen; sie wird daher erst auf Grund eines mehrjährigen Zusammenwirkens zwischen Gewerbeaufsicht und Arbeiterorganisation durchgeführt werden können.

Vor Allem aber ist als Fortschritt zu begrüßen, daß sich die bayerische Regierung in Anerkennung der großen Bedeutung der Arbeitsdauer für das gesundheitliche, wirthschaftliche und geistige Leben der Arbeiterklasse zu einer allgemeinen Erhebung über die normalen effektiven Arbeitszeiten in Fabriken entschlossen hat. Damit ist einem Jahrzehnte alten Wunsche der Arbeiterorganisationen endlich einmal Rechnung getragen. Freilich hat die Statistik noch mancherlei Mängel aufzuweisen, so hinsichtlich der Nichtberücksichtigung der wirklichen, durch Ueberstunden verlängerten Arbeitszeit und der mangelnden Spezialisirung nach Berufen. Eine häufigere Wiederholung der Erhebung wäre nothwendig, um die eintretenden Veränderungen registriren zu können. Die Erhebungen beziehen sich auf 8 146 Fabriken mit 321 708 Arbeitern, während die Arbeitszeit der 94 036 Handwerksbetriebe mit 219 649 Arbeitern unermittelt blieb. Das Ergebniß der Erhebungen stellen wir in folgender kurzen Uebersicht zusammen:

Es hatten eine Arbeitszeit von:

weniger als 9 Std.	78	Betr.	(1,0%)	mit 3119	Arb.	(1,0%)
9—10 „	1051	„	(19,9%)	„ 43697	„	(14,7%)
10—11 „	2855	„	(35,0%)	„ 140167	„	(47,1%)
11—12 „	2255	„	(27,7%)	„ 85578	„	(28,8%)
12 und mehr „	1907	„	(23,4%)	„ 24953	„	(8,4%)

Es haben somit nur 15,7 Proz. der Fabrikarbeiter eine erträgliche Arbeitszeit von weniger als 10 Std., während 37,2 Proz. 11 Std. und länger frohnden müssen. Die größere Hälfte aller Fabriken hält an der unmenschlich langen Arbeitszeit fest. Untersuchen wir die Fortschritte der Arbeitszeitverkürzung in den einzelnen Industrieen, so ist die 8- und 8½ stündige Arbeitszeit besonders in der Maschinenindustrie (Wagen- und Schiffsbau), Glasindustrie und Buchdruckerei, sowie in der Tabakindustrie (3 Fabriken) vorgedrungen, während die 9- und 9½ stündige Arbeitszeit in der Steinindustrie, Tischlerei, Pinselindustrie, Großbäckerei, Porzellanindustrie, Metallverarbeitung, Maschinenbau, sowie in der Buchdruckerei Fortschritte gemacht hat. Gänzlich unbekannt ist diese normale Arbeitszeit in der Papier- und Leder- (inkl. Gummi-) Industrie, sowie im Bergbau, in Hütten und Salinen. Hinsichtlich der längsten Arbeitszeiten dominiren dagegen die Ziegeleien und Thonwerke, Brauereien, Glasfabriken und Sägewerke. Für die Textilindustrie und die meisten mit weiblichen Arbeitskräften arbeitenden Fabriken ist der Elfstundentag der Arbeiterinnen maßgebend geworden und leider geblieben, obwohl die Arbeitsintensität seit dessen Einführung (1893) bedeutend gestiegen ist. Ein weiterer Blick auf die Arbeitszeitvertheilung in einzelnen Industrieen nach Betriebsgrößen zeigt uns, daß die größeren Betriebe gewöhnlich die kürzeste, die kleineren die längste Arbeitszeit haben. Dies wird auch durch die Erfahrung bestätigt, daß im Kleingewerbe die Arbeitszeit in den Städten gewöhnlich zwischen 10—14 Std., auf dem Lande zwischen 11—15 Std. täglich schwankt. Am schlimmsten sah es bisher stets in Mühlen, Ziegeleien und Brauereien aus, wo die Arbeitszeit häufig 13—18 Std. dauert. Aber schon 11—12 stündige Arbeitszeiten, wie sie in zahlreichen Industrieen noch vorherrschen, werden zur Unerträglichkeit und gesundheitlichen Gefahr angesichts des immer mehr vordringenden intensivsten Arbeitssystems, das die Kräfte bis zur völligen Erschöpfung ausnützt.

Den Bestrebungen auf Abkürzung der täglichen Arbeitsdauer bringen daher die bayerischen Berichte volle Sympathie entgegen; besonders der Einleitungsbericht spricht sich in dieser Beziehung sehr anerkennend aus. Leider sind aber die Arbeiterorganisationen außerhalb der Städte noch wenig ausgebreitet und haben daher nur geringen Einfluß auf die ländlichen Fabriken, was um so mehr zu beklagen ist, als gerade in diesen die ausgebreitetste Ausbeutung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte herrscht. Ebenso haben sich die Kleinbetriebe bisher dem Einflusse der Arbeitszeitverkürzung entzogen. Umsomehr gewinnen die Vorschläge zu gesetzlichen Reformen an Interesse, die die bayerischen Berichte nach verschiedenen Richtungen hin befürworten. So empfiehlt der Einleitungsbericht die Ausdehnung der Fabrikarbeitervorschriften (§§ 135 bis 139 b d. Gew.-Ord.) auf alle Handwerksbetriebe in Rücksicht auf die dort beschäftigten weiblichen und jugendlichen Arbeiter, sowie außerdem eine Regelung gewisser Hausindustriezweige, deren Gesundheitsschädlichkeit längst erwiesen ist (Konfektion, Cigarrenindustrie 2c.). Weitere Reformen werden im Anschluß an die Erhebungen über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen befürwortet. Die Letzteren haben im Grunde genommen das von der Arbeiterpresse im Voraus erwartete Resultat ergeben. Die Frage der Arbeit verheiratheter Frauen ist eine Lohnfrage, resumirt der oberbayerische Bericht, und der mittelfränkische Bericht konstatirt: „Der einzige Grund, weshalb verheirathete Frauen Fabrikbeschäftigung suchen und annehmen, ist die Nothwendigkeit“. Drastisch erklärten unterfränkische Unternehmer: „Wer sein Auskommen hat, geht nicht in die Fabrik“, dabei hinzufügend, daß Männerlöhne von 18—20 Mk. pro Woche, je nach der Kinderzahl, zur Bestreitung der Haushaltskosten nicht ausreichend seien. So wird also der Miterwerb der Arbeiterfrauen durch die wirthschaftlichen Verhältnisse erzwungen. 23 115 Frauen (verheirathet, verwittwet, geschieden) mußten in bayerischen Fabriken theils ihren Lebensunterhalt, theils einen Beitrag zu den Haushaltskosten erwerben. Nicht wenige derselben haben kranke oder invalide Männer mit kärglicher Unterstützung; andere sind von ihren Männern mit Kindern im Stiche gelassen worden. Nur wenige sind in der glücklichen Lage, die Fabrikarbeit entbehren zu können und nur eines Sparpfennigs halber zu arbeiten.

Gewiß hat diese Frauenarbeit mancherlei Nachtheile in gesundheitlicher, sittlicher und familiärer Beziehung im Gefolge, die an sich den Wunsch nach ihrer Beseitigung rechtfertigen könnten. Schon der Umstand, daß zahlreiche Arbeiterfrauen außer der 11 stündigen Fabrikarbeit noch einen mehrstündigen Heimweg und dann zu Haus die nothwendigen Haushaltsarbeiten vor sich haben, läßt auf eine gänzliche Erschöpfung des Körpers schließen, ohne daß es dazu erst noch besonderer ärztlicher Gutachten bedarf. Und dann kommt noch die nachtheilige Wirkung mancher Fabrikarbeit auf die Schwangerschaft und auf die Ernährung der Säuglinge hinzu. Zahlreiche ärztliche Gutachten konstatiren Chlorose, Anämie, Lungentuberkulose bei Frauen und Rhachitis und Skrophulose bei Arbeiterkindern als Folge der Fabrikarbeit. Auch spezielle Gesundheitsschädigungen wurden ermittelt in Maisstärke-, Gummiwaaren-, Cigarren- und Textilfabriken, in Ziegeleien, auf Bauten 2c. Daß Fabrikarbeiterinnen ihre Kinder weit seltener stillen, wird von den Einen als Erleichterung, von den Anderen dagegen als üble Folge der Fabrikarbeit hingestellt. Auch die sittlichen und familiären Schädigungen durch letztere liegen klar genug zu Tage.

Fast alle Berichterstatter müssen aber zugeben, daß spezielle Reformen für verheirathete Frauen undurchführbar oder unthunlich sind, da sie diese in ihrem durch die Noth erzwungenen Erwerb stören, aus den Fabriken ausschließen würden. Ebenso wie ein Fabrikverbot würde aber auch jede Beschränkung der Fabrikarbeit verheiratheter Frauen nach Zeit, Ort oder Art der Beschäftigung wirken. [illegible] empfehlen einige Berichte schüchtern eine kürzere Arbeitszeit für Frauen, müssen aber zugeben, daß diese dort, wo Letztere in der Minderheit sind, zum Ausschluß derselben aus der Fabrik führen würde. Gegen eine Absonderung der Schwangeren in getrennte Arbeitsräume erklären sich die Arbeiterinnen selber ganz entschieden, weil sie den Spott ihrer Kameraden fürchten, und ebenso wenig wünschen sie eine Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes auf die letzte Zeit der Schwangerschaft, da das geringe Krankengeld ihnen schon gegenwärtig diesen Schutz verleidet.

So bleibt denn schließlich nur die eine Möglichkeit offen, durch Erweiterung des allgemeinen Arbeiterinnenschutzes auch das Loos der verheiratheten Arbeiterinnen zu erleichtern. Und hier kann man dem Vorschlage des pfälzischen Berichts, allgemein den Zehnstundentag einzuführen, sowie durch Gesetz eine 1½ stündige Mittagspause vorzuschreiben, nur zustimmen. Eine solche Maßregel ist auch deshalb nicht ungerechtfertigt, weil die verheiratheten Arbeiterinnen einen ganz erheblichen Prozentsatz der erwachsenen Arbeiterinnen (35 Proz.) umfassen. Wenn außerdem die Frauenarbeit für gewisse gesundheitsschädliche Industrieen (Gummiwaarenfabrikation, Ziegeleien, Bauten, Gräbereien) ganz allgemein verboten würde, so wird dagegen schon in Rücksicht auf solche bereits bestehende Verbote nichts einzuwenden sein. Und auch der Widerspruch der Frauen gegen Erweiterungen des Wöchnerinnenschutzes auf einen Monat vor und volle sechs Wochen nach der Niederkunft würde sich legen, wenn ihnen für diese Zeit ein erhöhtes Krankengeld (mindestens ⅔ des bisherigen Verdienstes) gesetzlich gewährleistet würde.

Einen neuen Beitrag zur Lex Heinze liefert der oberpfälzische Bericht, indem er einen Ausschluß solcher Frauen aus Fabriken fordert, deren „lockerer ehelicher Verband und moralische Verhältnisse“ von üblem Einflusse auf die jugendlichen und ledigen Arbeiterinnen sein könnten. Da müßte schon in jedem Fabrikorte ein hochnothpeinliches Sittengericht etablirt werden, indem vielleicht gerade die Unternehmer, die berufensten Vertreter der „Herrenmoral“, den Eheverhältnissen jeder Arbeiterin nachforschen. Den Zentrumsgrößen wird diese Anregung vielleicht für die dritte Lesung der Lex Heinze noch willkommen sein.

Die Wirthschaftslage wird im allgemeinen von den Berichten als günstig bezeichnet, doch machten sich Stockungen bereits in verschiedenen Industrieen, besonders im Bezirk Unterfranken, bemerkbar. Dort kam es verschiedentlich auch zu Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen, während im Uebrigen Löhne und Lebenshaltung der Arbeiter den Stand des Vorjahres behaupteten. Gebessert hat sich jedoch die Lage der Arbeiter keineswegs, dafür sorgten die Preissteigerungen mancher Lebensmittel (Kuh- und Kalbfleisch, Kohlen, Kartoffeln, Petroleum) und der Wohnungsmiethen. Auch spricht dagegen u. A. der Umstand, daß der Pferdefleischverbrauch in München und Augsburg bedeutend zugenommen hat. Immerhin hat in den Großstädten die Arbeiterbewegung die Bestrebungen der Arbeiter nach besserer Lebenshaltung gefördert. Der Einleitungsbericht weist mit Befriedigung darauf hin, daß die Arbeiterorganisationen immer stärkeren Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen erlangen, und daß die mannigfachen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zeigen, wie viel die Arbeiterschaft ihren Organisationen zu verdanken habe.

Im Jahre 1899 kamen 92 Ausstände mit 8177 Arbeitern vor, von denen 25 mit 2849 Arbeitern vollen Erfolg und 38 mit 3151 Arbeitern theilweisen Erfolg hatten, während 29 mit 2177 Arbeitern erfolglos endigten. „Die Arbeiterorganisationen sind es auch, welche an der fortschreitenden Entwickelung der geistig-sittlichen Zustände der Arbeiterklasse besonders eifrig mitarbeiten“. Und weit ausschauend schließt der Einleitungsbericht: „Die große Empfänglichkeit, welche die Arbeiter allen Bestrebungen zur Hebung ihrer fachlichen Tüchtigkeit und allgemeinen Bildung entgegen-

bringen, läßt nicht daran zweifeln, daß die Arbeiterschaft, wenn es gelingt, sie wirthschaftlich weiter zu heben, auch in geistig-sittlicher Beziehung einer aufsteigenden Entwickelung entgegengehen wird. Dies kann nur zum Wohl des Ganzen dienen."

Aber auch die Organisation des Unternehmerthums hat Fortschritte gemacht, und in Augsburg, der Hochburg der Textilkönige, sieht es mit der Arbeiterbewegung am trübsten aus. Da sagt der schwäbische Bericht: „Die Gleichgiltigkeit der Arbeiter gegen Alles, was ihre wirthschaftlichen Interessen fördern könnte, die Bequemlichkeit, gepaart mit Furcht vor Maßregelung, halten die Mehrzahl der Arbeiterschaft zurück, sich einer umfassenden Organisation anzuschließen. Es wurde auch öfters beobachtet, daß namentlich die jüngeren Elemente der Arbeiterschaft sich lieber an Rauchklubs 2c. betheiligen und dort ihre Beiträge entrichten, als daß sie sich einem geordneten Arbeiterfachverein anschließen, der ihre Standesinteressen zu wahren und sie in sittlicher und religiöser (?) Hinsicht zu heben versteht." Eine solche Mahnung ist um so bemerkenswerther, als gerade in Augsburg aus Anlaß der vorjährigen Streikkrawalle die schlimmste Hetze gegen die Gewerkschaften getrieben wurde. Die Hervorhebung der religiösen Ziele geschah wohl nur, um dem Vorwurf einseitiger Begünstigung der „sozialdemokratischen" Gewerkschaften zu begegnen, denn daß religiöse Interessen mit einem geordneten Arbeiterfachverein ebenso wenig wie mit einem Unternehmerverband zu thun haben, liegt doch klar auf der Hand.

Die Zahl der Unfälle ist in Bayern von 12169 auf 13297 gestiegen, während die Zahl der Todesfälle gleich blieb (136 in beiden Jahren). Diese Zunahme der Unfälle legt dem Chefinspektor Pöllath die Nothwendigkeit nahe, in Zukunft die Kontrole der Unfallverhütung zu verschärfen. Auch kamen wieder eine Reihe schwerer Berufserkrankungen (5 an Phosphornekrose, 4 an Milzbrand (2 tödtliche), 8 in Thomasschlackenmühlen, zahlreiche Bleivergiftungen) zur Kenntniß der Behörden. Der Einleitungsbericht beklagt lebhaft den Mangel einer zuverlässigen Statistik der Berufserkrankungen, die jedenfalls eine der Aufgaben der nächsten Krankenversicherungsnovelle sein dürfte.

Im Ganzen konstatiren die Berichte manchen Fortschritt der Arbeiterverhältnisse; sie weisen aber eindringlich auf das Bedürfniß fortgesetzter sozialer Reformthätigkeit hin. Wir können uns diesem Wunsche nur anschließen und meinen, daß die bayerische Regierung in diesem Sinne auch im Bundesrath energisch für Reformen einzutreten hätte. Nur wenn den wohlmeinenden Berichten auch die praktische Thätigkeit der Regierung im eigenen Lande und durch ihren Einfluß im Reiche folgt, nur dann kann die Arbeiterklasse an den Ernst ihrer Reformwünsche glauben.

Soziale Rundschau.

— Eine kaiserliche Verordnung betreffend die Gewerbeordnung lautet: Von den gegenwärtig noch nicht in Geltung stehenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 treten in Kraft die §§ 103 bis 103q des Artikels 1 mit dem 1. April 1900, die §§ 129 bis 132 des Artikels 2, sowie die darauf bezüglichen Bestimmungen der Artikel 3 bis 5 und des Artikels 7 mit dem 1. April 1901, der § 133 des Artikels 2 sowie die übrigen Bestimmungen mit dem 1. Oktober 1901."

Vom sozialen Kampfplatze.

— Der Streik der Rauchwaarenarbeiter in Markranstädt ist mit einem Siege der Arbeiter beendet worden. Es ist eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes errungen. Früher wurden 20, 21 und 22 Pfg. pro Stunde bezahlt; die Arbeitszeit betrug 11, 12, 13, sogar 18 Stunden. Der zehnstündige Arbeitstag ist nun bewilligt, und der Minimallohn für Arbeiter über 18 Jahre beträgt 25 Pfg. pro Stunde. Leute, die über 2 Jahre auf einer Fabrik beschäftigt sind, erhalten 30 bis 35 Pfg. Stundenlohn. Für Ueberstunden giebt es 5 Pfg. Zuschlag. — Der Erfolg ist nur der Organisation zu danken: solange diese nicht vorhanden war, hat kein Arbeiter geglaubt, derartige Forderungen stellen zu können.

— Die Hamburger Seeleute sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderung, welche an die Rheder gestellt wird, soll für alle Chargen in einer monatlichen Generhöhung von 5 Mk. bestehen. Weiter fordern die Seeleute ein gemeinschaftliches Heuerbureau für alle Seeleute. Auch soll eine Beschwerde-Kommission, wie sie bei dem Heuerbureau für Steuereibetriebe besteht, errichtet werden. Diese Forderungen sollen den Rhedern sofort schriftlich unterbreitet werden.

Zur Gau-Eintheilung.

Auf der Konferenz des Gaues 12 am 14. Januar 1900 zu Höchst a. M. gelangte nach lebhafter Debatte ein Antrag der Zahlstelle Mainz zur Annahme, welcher folgenden Wortlaut hatte: „Der Gau 12 stellt für den nächsten Verbandstag den Antrag, die Gaueinrichtung dahingehend auszubauen, daß die Zahlstellen ihre Abrechnung zunächst an den Gauvorstand senden haben, dieser rechnet alsdann mit dem Zentralvorstand ab." — Den Antragstellern wurde anheimgegeben, diesen Antrag im „Proletarier" der Gesammtkollegenschaft zur Meinungsäußerung zu unterbreiten. Dieses soll hiermit geschehen.

Gewiß dürfte vielen Kollegen schon der Gedanke gekommen sein, daß Manches innerhalb unseres Verbandes sehr remedurbedürftig ist. Nicht in letzter Linie trifft dieses wohl auf unsere Gaueinrichtung zu. Die Gaueintheilung, wie sie besteht, ist — meines Erachtens — ein Wesen ohne Leib und Seele, eine Einrichtung, welche in ihrer jetzigen Gestalt keineswegs den Anforderungen entspricht, welche an sie gestellt werden und welche zu erfüllen ihre Aufgabe wäre. Fragen wir uns, warum erfüllt diese Einrichtung ihren Zweck nicht, so liegt die Antwort nahe: „Weil die Konstitution der Gaueintheilung eine mangelhafte ist, weil dem Gauvorstand kein Einblick in die inneren Verhältnisse der einzelnen Zahlstellen geboten ist." Haben wir doch Fälle zu verzeichnen, in welchen Zahlstellen eingegangen sind, welche durch rechtzeitiges Eingreifen des Gauvorstandes erhalten geblieben wären, wenn derselbe die Verhältnisse der Zahlstellen gekannt hätte. Situationsberichte von den Zahlstellen gehen beim Gauvorstand überhaupt nicht oder doch nur höchst mangelhaft ein, und die logische Folge davon ist, daß der Gauvorstand meistens über die Verhältnisse und die Vorkommnisse innerhalb der Zahlstellen seines Gaues im Unklaren ist. Dies ist aber meines Erachtens ein sehr großer Mißstand. Der Gauvorstand sollte in seinem Kreise gewissermaßen die geistige Metropole sein, von der aus die agitatorische Thätigkeit im Gaue geleitet wird. Und um dies im wahren Sinne des Wortes sein zu können, ist es unbedingt nothwendig, daß die Gauleitung in einen engeren Verkehr mit den Zahlstellen eintritt und ihr mehr Einblick in die Verhältnisse derselben ermöglicht wird. Nun wird hier wahrscheinlich der Einwurf gemacht, daß die Zahlstellen doch verpflichtet seien, dem Gauvorstand Bericht zu erstatten! Ja, verpflichtet wären sie allerdings, aber wenn es dennoch nicht geschieht, wer kann sie zwingen? Anders ist es aber hier mit der Quartalsabrechnung, dieselbe muß alle Vierteljahr erstattet werden. Wenn nun die Abrechnung zunächst an den Gauvorstand gelangt, so hat derselbe hiermit einen genauen Situationsbericht; denn die Schwankungen des Mitgliederstandes, die Lokalausgaben 2c. geben demselben alsdann ein klares Bild über den Stand der Zahlstelle. Durch die genaue Kenntniß der Verhältnisse ist es der Gauleitung sodann ermöglicht, überall dort helfend einzugreifen, wo es ihr nothwendig erscheint, und mancher Mißstand würde dadurch von vornherein beseitigt, die Zahlstellen würden in engere Fühlung mit dem Gauvorstand gebracht und etwaige Unregelmäßigkeiten ließen sich leichter regeln als jetzt. Auf der anderen Seite hingegen würde durch diesen neuen Abrechnungsmodus der Zentralvorstand ungemein entlastet werden. Schon im Hinblick auf die, durch etwaige Fehler bei der Abrechnung nothwendige Hin- und Herschreiberei, welche gänzlich in Wegfall kommen würde, da die Gauvorstände die Abrechnungen erst einsenden, wenn dieselben vollständig geregelt sind. Durch diese Entlastung würde es dem Zentralvorstande — der mit Arbeit überladen ist — ermöglicht sein, seine Thätigkeit mehr auf Agitation, Korrespondenz 2c. zu richten, wodurch dann gleichfalls einem kritischen Uebelstande innerhalb der Verwaltung unseres Verbandes abgeholfen wäre.

So ließe sich noch sehr Vieles zur Begründung unseres Antrages anführen; um aber den Raum des „Proletarier" nicht so sehr in Anspruch zu nehmen, habe ich mich auf das Wesentliche beschränkt. Nicht nur nach außen hin agitatorisch zu wirken, sondern auch nach innen die Reihen zu festigen, muß unsere Aufgabe sein. Denn manchmal ist es viel leichter, unserem Verbande neue Mitglieder zu gewinnen, als die alten zu erhalten. Aus all diesen Gesichtspunkten heraus ist unser Antrag entstanden und ich bin der festen Ueberzeugung, daß derselbe in der Praxis unserem Verbande zur Festigung nach innen und zur Stärkung nach außen dienen wird.

Mainz. B. Adelung.

Wir bemerken dazu Folgendes: Die Hauptangriffe, welche sich gegen die Leistungen der Gauvorstände richteten, werden aus der Agitation abgeleitet. Wenn wir nun auf Grund praktischer Erfahrung einen Vergleich ziehen zwischen dem, was früher ohne die remedurbedürftigen „Leib und Seele" ermangelnden Gaueinrichtungen geleistet worden, und was heute geleistet wird, so finden wir, daß die Gauvorstände diesen Vergleich nicht zu scheuen haben. Wir halten diesen Antrag für praktisch undurchführbar, selbst dann, wenn damit nur eine rechnerische Nachprüfung der ausgefertigten Abrechnungsformulare gemeint sein sollte. Auf Grund dieser eingesandten Formulare ist nämlich gar nicht festzustellen, ob die Abrechnungen richtig oder falsch sind. So einfach, wie man sich die Abrechnungen denkt, sind sie nun doch nicht. Woher sollen die Gauvorstände den Materialbestand am Orte kennen, woher wissen, wieviel Material nach den Orten im Laufe des Quartals gesandt worden ist? Aus den Materialrechnungen? Dann müßten diese immer mit eingesandt werden, und es dürfte niemals, weder aus Versehen, noch in böser Absicht, die Einsendung unterbleiben. Unterbleibt die Einsendung, und sind Material-Konten falsch angegeben, und findet der Kassirer beim Abschluß der Material-Konten im Kassabuch Irrthümer, dann können solche heute unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Materialversandbuches festgestellt werden. Nach dem Antrage würde sich der Kassirer an den Gauvorstand, dieser an die Bevollmächtigten der Zahlstelle zu wenden haben. Die Verzögerung und Verschleppung der Kassengeschäfte, der Wirrwar kann heillos werden. Eine Entlastung vermögen wir darin aber nicht zu erblicken. Diese Nachweise stehen uns um den Preis der vermeintlichen Vortheile denn doch zu theuer erkauft. Sind diese Vortheile auch ohne weitgehende, in ihren Folgen ganz unberechenbare Experimente nicht schon heute möglich? Wir behaupten: Ja! Werden die Abrechnungen nicht veröffentlicht? Giebt die veröffentlichte Tabelle des „Proletarier" nicht genau die Zahlen wieder, die die Formulare enthalten? Natürlich! Die Gauvorstände erhalten also diese Nachweise nur einige Wochen später, als wie sie die Formulare nach Annahme des Antrages erhalten würden! Sie können also auf Grund dieser Veröffentlichungen die Bewegung in den einzelnen Zahlstellen von Quartal zu Quartal verfolgen. Sie können die Beiträge in Vergleich stellen zu der angegebenen Mitgliederzahl, sie können die Lokalausgaben prüfen und Ueberschreiten der Prozentsätze feststellen und rügen. Zu all diesem ist ihnen heute schon Gelegenheit geboten.

In der Begründung wird gesagt: „Haben wir doch Fälle zu verzeichnen, in welchen Zahlstellen eingegangen sind, welche durch rechtzeitiges Eingreifen des Gauvorstandes erhalten geblieben wären." Die „Fälle" sind uns bekannt. Es ist ein Fall, der betrifft die Zahlstelle Ober-Roden. Die Entwickelung dieser Zahlstelle bis zur letzten Abrechnung konnte dem Gauvorstand bekannt sein. Und bei Einsendung der letzten Abrechnung kam das Material und die Mittheilung der freiwilligen Auflösung der Zahlstelle bei dem Vorstand ein. Erhielt nun diese Abrechnung mit der genannten Mittheilung der Gauvorstand, was konnte er denn dann noch an den Thatsachen ändern? Gar nichts.

Diese Einrichtung würde uns von keinem einzigen der „vielen", fälschlicherweise vorausgesetzten „Mißstände" befreien, und keinen einzigen der wenigen Fehler bessern, die unserer Organisation vielleicht wie jeder anderen anhaften, aber mit einer hübschen Portion Mißhelligkeiten, Wirrnissen würden wir ohne Zweifel beglückt. Daß der Antrag von uns nicht richtig ausgelegt wird, eine weitergehende Bedeutung haben, die Gauvorstände auch zu Empfängern des abzusendenden Geldes und somit finanziell vom Vorstande unabhängig machen soll, möchten wir nicht annehmen. Wäre das der Fall, es würde kein Verbandstag einem solchen Antrag seine Zustimmung ertheilen, aus dem einfachen Grunde, weil er einen vollständigen Bruch mit der heutigen Zentralisationsform bezwecken, die Einführung der Dezentralisation bedeuten würde. D. R.

Bekanntmachung.

Alle Geldsendungen und Abrechnungen sind nunmehr an den Kollegen Fr. Bruns, Leinstraße 31 III. zu senden

J. A.: August Brey.

Korrespondenzen.

Althaldensleben. Auch hier fängt man an, mit den üblichen Mitteln unsere Organisation zu bekämpfen. Jedenfalls glaubt man, daß dann, wenn man uns die Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen verweigert, das Ende der Arbeiterbewegung heranbrechen müsse. Da ist der Herr Dobe, der sein Lokal sowohl uns als auch den übrigen Organisationen zu Versammlungen nicht zur Verfügung stellt. Die Kollegen aus Gr.-Ammensleben, Neuhaldensleben und Althaldensleben können also nicht darauf rechnen, daß sie bei einer etwaigen Einkehr im genannten Lokale Bekannte oder Gesinnungsfreunde treffen, denn diese ziehen es vor, ihr Geld nur da zu verzehren, wo man ihnen auch Raum zur Berathung ihrer materiellen Interessen gewährt.

Cannstatt. Am Dienstag, den 6. März, hielten wir eine öffentliche Versammlung im großen Saale des „Russischen Hofes" ab, zu welcher Herr Chr. Blumhard aus Boll (früherer Pfarrer, der sich nun zur Partei bekennt) als Referent gewonnen war. Trotzdem ein Entree von 10 Pf. erhoben wurde, war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent, eine sehr sympathische Erscheinung, führte etwa Folgendes aus: Die Arbeit der Hände, der Muskelkraft, bildet die Grundlage unseres heutigen Kulturlebens. In der Urgeschichte der Menschheit herrschte der Kommunismus, mit der Kultur kam die Arbeitstheilung, und die Arbeit wurde „die Gequälte" auf Erden. In allen Jahrhunderten finden wir eine merkwürdige Verachtung, Geringschätzung und Bedrückung der Arbeiter durch Diejenigen, die sie ausnützten. Durch Lohngesetze wurden die Arbeiter niedergehalten. Viele haben gerungen, sind aber unterlegen. Nicht nur die religiöse Sphäre, auch das arbeitende Volk hat seine Märtyrer. Man hat dem Arbeiter den Zutritt zur Intelligenz und zur Herrschaft im Volk verwehrt. Unser Jahrhundert soll endlich einen Sieg des Proletariats und der Arbeit bringen. Es kam die Koalitionsfreiheit (in Deutschland 1866 und 1870), die nützliche Einrichtung der Gewerkschaften. Aber noch ist der Kampf nicht aus. Alte Vorurtheile vor den Koalitionen der Arbeiter stecken noch in ganz Europa. Die Arbeit muß überall eine freie werden. Das Proletariat muß zur Verwirklichung dieses Gedankens kämpfen durch Gewerkschaften und Vereinigungen. Dadurch kann der Arbeiter seine Arbeit dem Käufer anbieten und das ist ideale Arbeit. Daher müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen einander anschließen, alle Proletarier aller Nationen müssen sich vereinigen. — Der 1¼ Stunde währende Vortrag wurde an vielen Stellen durch großen Beifall unterbrochen, und am Schlusse lohnte stürmischer, minutenlanger Beifall den Referenten für seine Mühe reichlich. In der Diskussion ergriff der Vorsitzende der Vereinigten Gewerkschaften das Wort und forderte die Anwesenden auf, sich ein Vorbild an den organisirten Unternehmern zu nehmen und ebenso wie diese sich zu einer festen Masse zusammenzuschließen, denn wir müßten in erster Linie darauf bedacht sein, das zu erhalten, was wir jetzt besitzen. Da sich Niemand weiter zum Wort meldete, wurde Herrn Blumhard das Schlußwort ertheilt, worin er sich gegen etliche Verunglimpfungen seiner Person wendete und unter Anderem sagte, die Organisationen hätten an den Arbeitern mehr gethan, als alle christlichen Wohlthätigkeitsanstalten, und daß das Proletariat berufen sei, den Menschenrechten nach unten wie nach oben zum Durchbruch zu verhelfen, und schloß seinen begeisternden Vortrag mit einem Hoch auf die Organisation. Zum Schluß wurden noch eine Anzahl Aufnahmen erledigt.

Am Sonnabend, den 10. März, hielt die hiesige Zahlstelle ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Fünf Neuaufnahmen waren zu verzeichnen, nachdem schon im Laufe der Woche ebenfalls eine Anzahl neuer Mitglieder gewonnen worden waren, eine Folge der Blumhard'schen Versammlung. Sodann gab der Bevollmächtigte Kollege Wörner den Bericht von der Gaukonferenz in Ludwigshafen (siehe „Proletarier" Nr. 5). Kollege Trost erstattete den Bericht der letzten Gewerkschaftssitzung. Eine längere Debatte verursachte die von unserer Seite dort vorgebrachte Beschwerde gegen die Leitung der Zahlstelle der Handels- und Transportarbeiter, weil jene den Zusatz führt „sowie aller nicht gewerblich gelernten Arbeiter". Der Vorsitzende der Vereinigten Gewerkschaften gab uns den Rath, wir sollten mit dem Ausschuß der genannten Zahlstelle in Verbindung treten und die Sache unter einander regeln. Die Versammlung beschloß jedoch, dieses Ansinnen abzulehnen, um nicht den Anschein zu erwecken, daß wir bei Jenen jetzt um Gnade betteln müßten; sie mögen diesen Zusatz führen oder nicht, wir werden trotzdem, wie seither, unsere Mitgliederzahl stetig vermehren. Sodann wurden die Karten zur Familienunterhaltung ausgegeben und die Mitglieder zu regem Verkauf derselben aufgefordert. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, von jetzt ab die mündliche Agitation in den einzelnen Werkstätten ganz energisch zu betreiben, es müsse ein Jeder seine Pflicht thun, damit wir nach und nach auch eine starke Organisation bekommen, und wurden zu diesem Zwecke an die Anwesenden Aufnahmescheine vertheilt. Kollegen, beherzigt die Worte des Herrn Blumhard: „Höret nie auf, Kämpfer und Förderer unserer guten und gerechten Sache zu sein." Trotz aller Hindernisse strebet unaufhaltsam vorwärts.

Eilbeck. In der Mitgliederversammlung am 22. Februar berichtete Kollege Schirr, daß die Bevollmächtigten und Revisoren der Zahlstellen Hamburgs in gemeinsamer Sitzung die Errichtung einer Krankenkasse beschlossen hätten. Die Leistungen sind auf 6 Mark für männliche und 3 Mark für weibliche Mitglieder festgesetzt. Darauf wurde des verstorbenen Kollegen Wilhelm in üblicher Weise gedacht. Die Verlegung des Versammlungslokals nach H. Schneider, Wandsbeker-Chaussee 249, wurde dann beschlossen. Die nächste Versammlung soll durch Verbreitung von Laufzetteln bekannt gegeben werden. Unter „Verschiedenes" ersucht Klinger die Kollegen, sich mehr an dem Vertrieb der Broschüren „Miethrecht" und „Gewerkschaftsbewegung" zu betheiligen.

Eutin. Sonntag, den 4. März, tagte unsere Mitgliederversammlung. Kollege Johnsen erstattete den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Einnahme war 113,40 Mk. Dem Hauptvorstand sind übermiesen 75,59 Mk. Das Konto: Lokalausgaben war mit 20,31 Mk. belastet. In der Lokalkasse waren am Schlusse des 3. Quartals 55,28 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt augenblicklich 66. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und der Kassirer entlastet. Aus der Lokalkasse werden noch zwei Kollegen unterstützt. Alsdann lag noch je ein Antrag der Kollegen Laas und Kardel vor, ihnen bei ihrem Fortzuge von hier nach Bremerhaven und Hamburg Umzugsgelder zu gewähren. Alle Mitglieder waren von der Nothwendigkeit der Gewährung überzeugt, bewilligten dem Ersteren 25 Mk. und dem Zweiten 20 Mk. und beauftragten den Bevollmächtigten, dies dem Hauptvorstand zu unterbreiten. Des Ferneren wurde noch die Anschaffung eines Fragekastens beschlossen.

Fechenheim. In unserer Mitgliederversammlung am 6. d. M. referirte unsere Kollegin Frau Tröger aus Offenbach über: „Die Arbeit in der chemischen Industrie und ihre gesundheitsschädlichen Folgen." Rednerin verbreitete sich in erschöpfender Weise über genanntes Thema und beleuchtete in

treffender Weise die Mißstände, die in sanitärer Hinsicht wie auch in Betreff der übrigen Einrichtungen in den chemischen Fabriken vorherrschen. Der erbärmliche Lohn, um den die Mehrzahl der Arbeiter in chemischen Fabriken arbeiten müsse, nöthige dieselben, recht viel Ueberstunden zu machen, um wenigstens einigermaßen auf einen annehmbaren Tagelohn zu kommen. Daß hier die Gesundheitsregeln außer Acht gelassen werden müssen, bleibt außer Frage; denn dieselben verlangen, daß der Aufenthalt in giftgeschwängerten Räumen möglichst eingeschränkt werde. Der einzige Weg, hierin eine Besserung herbeizuführen, sei für den Arbeiter die Selbsthilfe durch Anschluß an seine Berufsorganisation. Reicher Beifall wurde der Vortragenden am Schluß ihrer Ausführungen zu Theil. In der Diskussion ergänzten noch die Kollegen Brenneisen und Ochs die Schilderungen der Referentin auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen, die sie in chemischen Betrieben gemacht. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete eine Beschlußfassung über die Anstellung von zwei Hilfskassirern an Stelle des krankheitshalber von seinem Amte zurückgetretenen Kollegen Altschaffner. Es werden hierzu einstimmig die Kollegen Geier und Bischof gewählt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung, die des interessanten Vortrages wegen besser hätte besucht sein können.

Feuerbach. Das hiesige Gewerkschaftshaus der vereinigten Gewerkschaften in Feuerbach bei Stuttgart, gegründet im Jahre 1897, erfreut sich fortgesetzt guter Frequenz, trotz der im ersten Jahre vorgekommenen finanziellen Schwierigkeiten. Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurde ein bedeutend größerer Umsatz gegenüber dem Vorjahr erzielt und damit der Beweis erbracht, daß die vorgenommene Vergrößerung des Anwesens durch ein Hinterhaus mit großem Saal nur von Vortheil für das Unternehmen war. Der Umsatz betrug rund 65 000 Mark. An Bier wurden allein 69 394 Liter verbraucht. Durch die Schaffung dieses eigenen Heims, das zugleich die Zentral-Herberge der vereinigten Gewerkschaften ist, erwarb sich die organisirte Arbeiterschaft Feuerbachs ein großes Verdienst; wurde doch dadurch dem großen Mangel an geeigneten Versammlungs-Lokalitäten ein Ende gemacht und durch Zentralisirung des Gewerkschaftslebens der hiesigen Arbeiterbewegung bedeutend Vorschub geleistet. — Außer den Restaurations-Lokalitäten sind noch 3 Säle und 1 Zimmer, sowie ein schöner, schattiger Garten vorhanden. In dem Hinterhause befinden sich geräumige und gesunde Arbeiterwohnungen. Für die Zureisenden stehen eine Anzahl reinlicher Betten zur Verfügung und ist auch Anschluß an das Arbeitsamt Stuttgart vorhanden, um den stellenlosen Arbeitern die Benutzung desselben zu erleichtern. — Obwohl das Unternehmen sich gut rentirt, so ist die Unterstützung desselben durch die Arbeiterschaft doch höchst nöthig, damit das Geschaffene auch erhalten bleibt und die Leitung in den Stand gesetzt wird, nach allen Seiten hin das Beste zu bieten.

Greppin. Sonnabend, den 10. März, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der 1. Bevollmächtigte referirte über: „Die Bedeutung des Arbeitersekretariates". In der chemischen Fabrik „Elektrum Süd" war ein Arbeiter bei einer sehr gesundheitsschädlichen Beschäftigung erkrankt. Als der Patient nun endlich vom Arzt für gesund erklärt worden war, und in der Fabrik wieder um Arbeit anfragte, wurde ihm aber von den menschenfreundlichen Vorgesetzten gesagt, wenn es ihm angenehm wäre, für 2 Mk. Tagelohn auf dem Hofe zu arbeiten, dann könne er anfangen.

Grevesmühlen. Die am 4. März abgehaltene Mitglieder-Versammlung ehrte das Ableben unseres Kassirers, Kollegen Wilhelm, durch Erheben von den Sitzen. Darauf wurde über die Stellung der fernstehenden Kollegen gegenüber dem Verbande verhandelt. Es wurde angeführt, daß viele Arbeiter erklärten, der Verband nütze nichts, er habe nur den Zweck, die Arbeiter in den Großstädten durchzuschleifen. Es ward festgestellt, daß solche Worte nur leere Ausflüchte sind. Dann wurde über die hiesigen Hoftagelöhner verhandelt. Viele Redner meinten, weil diese kontraktlich verpflichtet sind, dürften sie dem Verbande nicht beitreten. Von anderer Seite wurde diese Meinung als irrig bezeichnet und betont, daß der Kontrakt nur das Arbeitsverhältniß regele und auf dieses Bezug habe, das Vereinigungsrecht aber unberührt lasse. Es sei Pflicht der Landarbeiter, sich der Organisation anzuschließen. Der erste Bevollmächtigte wurde dann noch als Delegirter zu der demnächst tagenden Gaukonferenz gewählt.

Halle a. S. In der Versammlung vom 3. März hielt Genosse Güldenberg einen 1½stündigen Vortrag über das Invalidengesetz, welcher recht beifällig aufgenommen wurde. Redner verstand es, an der Hand reichen Materials den Anwesenden ein klares Bild über das Gesetz zu entrollen, dabei betonend, daß das Gesetz nicht das den Arbeitern Nöthige giebt, und war der Meinung, daß die organisirte Arbeiterschaft nicht eher ruhen dürfte, bis das Gesetz dem Arbeiter das zubilligt, was er als Invalide zu beanspruchen hat. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schlusse seiner Ausführungen. Unter „Verschiedenes" wurden einem Kollegen, welcher 8 Tage die Arbeit niedergelegt hatte, 10 Mk., desgleichen einem kranken Kollegen ebenfalls 10 Mk., sowie den streikenden Bergleuten 30 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt. Ferner beschloß die Versammlung, in Hannover anzufragen, warum die Mitgliedsbücher so lange ausgeblieben sind. Nachdem noch einige Mitglieder aufgenommen worden, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung. (Muß man wohl beim verstorbenen Kollegen Wilhelm anfragen. Bei diesem wurde die Bestellung auf dem Postabschnitt einer Geldsendung, der letzten, die Wilhelm empfangen hat, gemacht. Das wußte der 1. Bevollmächtigte sehr wohl, warum giebt er denn nicht sofort Auskunft und duldet es, daß durch solche ganz überflüssige Bemerkungen der Raum des „Proletarier" beengt wird?)

Halle-Norden. Sonnabend, den 24. Februar, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Lokale zur Sachsenburg in Trotha, welche recht zahlreich besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß unser Verbandskassirer Jean Wilhelm gestorben ist. Die Ehrung geschah in der üblichen Weise. Als 3. Bevollmächtigter wurde Kollege Kleinlein vorgeschlagen. Unter Punkt 2 wurden den Bevollmächtigten 30 Pf. für jede Sitzung und den Hilfskassirern 5 Prozent von den vereinnahmten Mitgliedsbeiträgen gewährt. Zum 1. Punkt legte Kollege Müller die Abrechnung vom Vergnügen vor, nach welcher wir ein kleines Defizit zu verzeichnen haben. Zum 4. Punkt wurden noch mehrere wichtige Angelegenheiten erörtert und wurde noch beschlossen, die Kollegen Dilling und Löffler zur nächsten Versammlung einzuladen.

Hamm-Hamburg. In der Mitglieder-Versammlung, die am 22. Februar im Lokale des Herrn Sieberling tagte, wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben des Kollegen Jean Wilhelm-Hannover durch Erheben von den Sitzen geehrt. Der 1. Punkt der Tagesordnung mußte vertagt werden, weil der Referent nicht erschienen war. Den Kartell-Bericht erstattete Kollege Ahrens. Unter „Verschiedenes" wurde bekannt gegeben, daß die gemeinsame Feier des 10jährigen Stiftungsfestes Zustimmung gefunden habe. Darauf wurde beschlossen, zu Gunsten des Fahnenfonds ein Preisschießen zu veranstalten.

Hamm. Am 8. März tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei Herrn Sieberling. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Markwald in üblicher Weise geehrt. Dann hielt Genosse Rundé aus Altona einen Vortrag über „Das Unfallversicherungsgesetz". Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute am 8. März im Lokale des Herrn Sieberling in Hamburg-Hamm tagende Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen erklärt sich mit der vom Berliner Arbeitervertreterverein an den Hohen Reichstag zur Abänderung der Unfallversicherungsgesetze gerichteten Petition einverstanden. Die Versammlung erachtet die darin gemachten Vorschläge für das Mindestmaß dessen, was im Interesse der Verletzten resp. deren Angehörigen gefordert werden muß, um diese vor der größten Noth und dem Elend zu schützen. Die ca. 30 Versammelten ersuchen den Hohen Reichstag, die Vorschläge zu prüfen und geneigtest die Zustimmung ertheilen zu wollen." Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Ahrens gegeben. Vom Kollegen Jentzsch wurde an den Delegirten das Ersuchen gestellt, im Kartell zur Sprache zu bringen, daß sämmtliche Gewerkschaftsmitglieder die Statuten des Arbeitersekretariats zu Händen bekommen. Unter „Verschiedenes" wurde von Sahlmann der Antrag gestellt, die Versammlungsanzeigen im „Echo" fallen zu lassen und wieder Zettel zu verfertigen, um dadurch einen besseren Versammlungsbesuch zu bekommen. Der Antrag gelangte zur Annahme. Ein Antrag, die Versammlungsanzeigen im „Proletarier" zu bringen, wurde abgelehnt.

Jatznick. Am Sonntag, den 11. März, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Schneider aus Stettin einen lehrreichen Vortrag über: „Mensch und Thier", welcher mit großem Beifall entgegengenommen wurde. Im Punkt 2, Verbandsangelegenheiten, wurde über die ortsüblichen Lohnverhältnisse gesprochen und darunter angeführt, daß bei der Firma Mercur gegenüber der Ziegelei Röseler ein ziemlicher Lohnunterschied im Tagelohn vorhanden ist. Die Ziegeleiarbeiter der Röseler'schen Ziegelei werden im Tagelohn von 9 Stunden Arbeitszeit mit 2,25 Mk. bezahlt, wogegen die Arbeiter auf der Zementfabrik Mercur bei einer Arbeitszeit von 9½ Stunden nur einen Lohn von 1,65 Mk. erhalten. Die Arbeiter auf der Ziegelei derselben Firma erhalten bei derselben Arbeitszeit 2 Mk. Tagelohn. Unter „Verschiedenes" wurde von den Mitgliedern beschlossen, an beide Firmen eine Lohnforderung zu stellen, die vom 1. Mai ab in Kraft treten soll. Dem ersten Bevollmächtigten wurde der Auftrag gegeben, dem Vorstand hiervon Kenntniß zu geben. Ferner wurde noch von einem Arbeiter der Zementfabrik angeführt, daß sie an den Wochentagen oftmals zu Hause bleiben müßten, während andere Arbeiter an den Sonntagen beschäftigt würden. Ein Aufseher habe an einem Montage die Frage an die Arbeiter gerichtet, ob sie Arbeit mitgebracht hätten, er habe keine. Trotzdem seien an den folgenden Tagen 30 Mann aus Schlesien eingetroffen, diese hätten aber nur einen Tag gearbeitet.

Kolberg. Sonntag, den 11. März, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Müggenburg. Im ersten Punkt wurden 5 Mitglieder in den Verband aufgenommen. Darauf hielt unser Obmann vom Gewerkschaftskartell, Genosse Treichel, einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Nahrung, Kleidung, Wohnung". Redner schilderte die in Frage kommenden Verhältnisse und legte den Anwesenden klar, daß die Organisation hier nur Abhilfe schafft, wenn wir uns fest zusammenschließen. Hierauf wurde über die bevorstehende Lohnbewegung diskutirt. Unter „Verschiedenes" wurden noch einige Sachen erledigt. Alsdann trat Schluß der gut besuchten Versammlung ein.

Landshut. In der Sonntag, den 25. Februar, abgehaltenen Versammlung, die ziemlich gut besucht war, wurde beschlossen, eine Krankenzuschußkasse zu errichten. Der Beitritt ist freiwillig. Bei genügender Betheiligung wird den erkrankten Mitgliedern eine Unterstützung gewährt. — Unseren Bestrebungen ist es auch gelungen, einen recht greifbaren Vortheil für die von der Stadt beschäftigten Arbeiter, deren Anzahl nicht klein ist, zu erringen. Der Lohn dieser Kollegen betrug 1,80 Mk. bis 2,10 Mk. Nun ist der Lohn nicht unbeträchtlich erhöht worden. Die Kollegen am Orte, die uns bislang als rothe Sozis und demnach als den Inbegriff alles Schlechten und Bösen angesehen haben, ersehen daraus, daß unsere Thätigkeit von den besten Erfolgen begleitet ist. Wenn man nun die hauptsächlich aus religiösen Gründen gegen uns gehegte Scheu überwindet, und uns durch Beitritt in die Lage versetzt, eine weitergehende Thätigkeit zu entfalten, dann wird es auch gelingen, in den Privatbetrieben eine bessere Bezahlung zu erlangen. Besonders die chemische Fabrik bezahlt auch einigen ihrer Arbeiter einen so „hohen" Lohn von 1,80 Mk. Vielleicht kommt die Fabrikleitung jetzt dazu, diese Löhne aufzubessern, sie wird ihren Arbeitern doch keine schlechtere Bezahlung geben wollen, als wie die städtischen Arbeiter sie erhalten. Und so sind noch mehr Fabriken zu verzeichnen, die 1,80 Mk. Tagelohn zahlen. Ob sie von selbst die Löhne aufbessern, ist mehr als fraglich. Die Aufbesserung würde aber sicher erfolgen, wenn alle Arbeiter am Orte sich unserem Verbande anschließen würden. Dann würde es ihnen gelingen, die Leiter der Fabriken zu Lohnaufbesserungen zu veranlassen, genau so wie es ihnen gelungen ist, Lohnverbesserungen für die städtischen Arbeiter zu erringen. Der katholische Arbeiterverein entfaltet in der Angelegenheit nicht die geringste Thätigkeit, sondern vertröstet seine Mitglieder von einer Zeit zur andern. Zum Schlusse ehrte die Versammlung das Andenken des Verbandskassirers Kollegen Wilhelm durch Erheben von den Plätzen.

Mannheim. Am 4. Februar tagte eine Mitglieder-Versammlung im Lokale Jungkind (Lindenhof), welche sich mit den Mißständen in der Süddeutschen Oelfabrik, Aktiengesellschaft, beschäftigte. Die Kollegen äußerten sich in der Hauptsache über folgende Zustände: Der Arbeitslohn beträgt bei angestrengter Thätigkeit und heißer Temperatur im Arbeitsraum (die Arbeiter arbeiten nur mit Hose bekleidet) höchstens 3 Mark. Dieser Lohn ist bei der hier in Betracht kommenden Arbeit, sowie den hiesigen Lebensmittel- und Miethpreisen ein derart niedriger, daß es den Arbeitern zur Unmöglichkeit wird, ein, wenn auch noch so bescheidenes, menschenwürdiges Leben zu führen. Ein Bad hat dieser Musterbetrieb ebenfalls, jedoch ist dasselbe derartig eingerichtet, daß es zu allem Anderen benutzt werden könnte, jedoch nicht zum Baden. Dasselbe ist im Keller, nicht heizbar, ungenügend mit Wasser versehen. Der Fußboden besteht aus Steinplatten, nicht einmal mit Holzrösten belegt. Es ist keine Douche vorhanden, dabei müssen Männer neben minderjährigen Arbeitern baden, was doch aus Gründen der Scham äußerst verwerflich ist. Daß unter diesen Umständen die Arbeiter das Baden in einem solchen Musterbade lieber unterlassen, das wird jedem Arbeiter einleuchtend sein. Jedoch was ist die Folge? Die Arbeiter erkranken zu Schaaren an der sogen. Oelkrätze. Auch die Behandlung der Arbeiter läßt viel zu wünschen übrig. Der Meister Deubert gebraucht den Arbeitern gegenüber Worte, die in keinem Lexikon zu finden sind. Bei jeder Kleinigkeit wird mit Hinauswerfen gedroht. Ein rühriger Kollege von uns hat auch aus naheliegenden Gründen bereits seine Kündigung erhalten. Nachdem diese unhaltbaren Mißstände, Lohn- und Arbeitsverhältnisse in erschöpfender Weise behandelt waren, wurde ein Antrag folgenden Inhalts angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt: Es wird eine Kommission gewählt, welche die billigen Forderungen der Arbeiter der Fabrikdirektion unterbreitet und begründet, das erzielte Resultat dem Bevollmächtigten unserer Zahlstelle, sowie den Arbeitern, letzteren event. in einer stattfindenden Werkstatt-Versammlung, mitzutheilen hat. Der Vorstand ist von dem Stand der Dinge umgehend zu benachrichtigen." Die gestellten Forderungen sind folgende: 10 Prozent Lohnerhöhung, bei Ueberstundenarbeit einen Lohnzuschlag von 15 Prozent, Abschaffung der angeführten Mißstände, humane Behandlung der Arbeiter durch die Meister und andere Vorgesetzte. Die Forderungen wurden allseitig als gerechtfertigt anerkannt. 87 von ungefähr 150 der betheiligten Arbeiter hatten die Forderungen bis Sonntag, den 10. ds., Mittags, unterzeichnet. Hoffentlich fühlen sich die Uebrigen veranlaßt, ihren Vorgängern zu folgen. Unser gekündigter Kollege wird von der Versammlung als gemaßregelt betrachtet, der, wenn nöthig, unterstützt werden soll. Arbeiter der Oelfabrik und ganz Mannheims! Ueberall, in allen hiesigen Betrieben herrschen Mißstände, nur manchmal in krasserer Form. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dieselben; deshalb erkennt, daß Ihr, wenn Ihr im Kampf zwischen Kapital und Arbeit nicht untergehen wollt, Euch vereinigen müßt. Einzeln seid Ihr nichts, vereint seid Ihr eine unwiderstehliche Macht. Deshalb tretet ein in die Reihen der organisirten Arbeiterschaft, werbet mannhafte Streiter für Menschenrechte und Menschenwürde.

Mannheim. Am 7. März tagte eine Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zur Volksstimme". Unterm 1. Punkt der Tagesordnung wird beschlossen, für Entschädigung des Kollegen in Rheinau, welcher uns einen Theil seiner Wohnung an Versammlungsabenden abtritt, resp. zur Verfügung stellt, pro Vierteljahr 10 Mark zu bewilligen. Diese Summe hat die Lokalkasse zu tragen. Hierauf erstattete Kollege Stitzenberger den Bericht von der Gaukonferenz (verweise auf Nr. 5 des „Proletariers"). Sodann wird zur Wahl des Gauvorstandes geschritten. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Welsch, zum Kassirer Kollege Beckendorf, zum Schriftführer Kollege Reinhold wiedergewählt. Unter „Verschiedenem" machte der erste Bevollmächtigte, Kollege Dirsch, die Anwesenden mit dem Ausgang der in der Oelfabrik bestandenen Differenzen bekannt, wonach die Direktion zwar die Forderungen nicht voll bewilligte, jedoch eine allgemeine Lohnerhöhung eintreten läßt, ebenso die bestehenden Mißstände beseitigen will und keine Maßregelungen vollzieht. Ist es zwar kein ganzer Erfolg, so ist es wenigstens etwas. Wären die Arbeiter, welche hier in Frage gekommen sind, alle organisirt gewesen, dann hätte der Verband die eingebrachten Forderungen noch wirksamer vertreten können. Wir rufen der Arbeiterschaft zu: Organisirt Euch! dann können wir Euere Interessen wirksam vertreten und durch die Kraft der Einigkeit uns ein menschenwürdiges Dasein erringen und erkämpfen.

Misburg. Sonntag, den 11. d. M., tagte hier eine von über 300 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, in welcher Genosse Bormann aus Hannover über das Thema: „Die Arbeiterbewegung der Gegenwart und die Bedeutung der Organisation" referirte. Mit der Mahnung: Auf zum Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, begann der Redner seine in verständlicher Weise vorgetragenen Ausführungen und richtete am Schluß seines Referats an die Anwesenden einen Appell, sich Mann für Mann dem Verbande der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Die Diskussion war eine sehr lebhafte. Namentlich wurden unter Punkt „Verschiedenes" die Mißstände in den hiesigen Zementfabriken scharf kritisirt. Unter Anderem fand auch das Verhalten eines Komptoiristen der alten Zementfabrik die gebührende Beleuchtung. Der gute Mann — Schmuhl ist sein Name — erlaubt sich der Arbeiterschaft gegenüber Sachen, die nicht nur eine scharfe Kritik erfordern, sondern die auch danach angethan sind, die Fabrikleitung selbst bei der Arbeiterschaft in Mißkredit zu setzen. Namentlich die nächtlichen „Kontrolen" des Herrn Schmuhl wurden lebhaft erörtert. Ein aus Hannover anwesender Kollege forderte dann noch besonders die zahlreich erschienenen polnischen Arbeiter zum Beitritt in den Verband auf und erklärte, daß er, der polnischen Sprache mächtig, bereit sei, Denjenigen, welche die verschiedenen Redner etwa nicht ganz richtig verstanden hätten, über diesen oder jenen Punkt Aufklärung zu geben. Es meldeten sich denn auch erfreulicher Weise eine große Anzahl meist polnischer Arbeiter zum Beitritt, während Andere betonten, daß sie aus finanziellen Rücksichten erst in 14 Tagen dem Verbande beitreten könnten. Trotz der kurzen Zeit, daß hier die Mitgliedschaft des genannten Verbandes existirt, hat sie bereits einen Bestand von 143 Mitgliedern zu verzeichnen. In einigen Monaten hofft man die Mitglieder auf die doppelte Anzahl angewachsen zu sehen. Auch unsere polnischen Miterbeiter fangen an zu begreifen, daß nur die Arbeiterorganisationen es sind, die das Interesse der Arbeiter ehrlich verfechten. Mit einem „Hoch" auf das fernere Blühen und Gedeihen des Verbandes wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

München. In der am 11. ds. Mts. im Gasthaus zum „Oberottel" stattgehabten Mitgliederversammlung hielt Genosse Gaßner einen interessanten Vortrag über das Thema: „Das Einkommen der Reichen und die Löhne der Arbeiter." Redner führte auf Grund amtlicher Statistiken die Gegensätze zwischen Profiten und den Löhnen den Anwesenden vor Augen und forderte am Schlusse seines mit Beifall aufgenommenen Vortrages die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen, auch die Arbeiterpresse fleißig zu lesen, um so befähigt zu sein, mit Nachdruck in den Kampf für bessere Existenzbedingungen einzutreten. Auch wurden für die zwei in der Gummifabrik von Mutzeler Gemaßregelten 7,20 Mark aufgebracht und dabei auch dieser Fall einer Besprechung unterzogen; um so mehr, da Genosse Richter seine Arbeitskraft dem Herrn Kommerzienrath 17 volle Jahre gegeben hat. Der Vorsitzende Hämmel richtete nochmals die Aufforderung an die Anwesenden, das Schlußwort des Referenten zu beherzigen, und forderte zugleich Diejenigen auf, die noch nicht dem Verbande angehören, sich Diesem anzuschließen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

München-West. Eine überaus stark besuchte Versammlung tagte am 7. März im Gasthaus „Zum Bürgerhof" in der Bergmannstraße. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, „Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Theorie und Praxis", gab der Referent, Kollege Hämel, einen geschichtlichen Rückblick auf die Entstehung der Gewerkschaften und des Koalitionsrechtes, erläuterte die diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen und zeigte an markanten Beispielen, wie das den Arbeitern gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht in der Theorie und Praxis aussieht, dabei alle Hindernisse, die den Arbeitern bei Ausübung ihres Rechtes sowohl von dem Unternehmerthum, als auch von den Behörden in den Weg gelegt werden, in den Kreis seiner Betrachtungen ziehend. In seinen weiteren Ausführungen kam Referent auf den Geheimerlaß des früheren Ministers von Boetticher bezüglich der Ueberwachung der Mitglieder-Versammlungen unserer Organisation zu sprechen und führte diesbezüglich aus, daß man es jetzt, im Anfang des 20. Jahrhunderts, woselbst eine ganze Anzahl Fabrikinspektoren die sittliche Erziehung der Arbeitermassen durch die Gewerkschaften anerkannt haben, nicht für möglich halten sollte, daß die Arbeiterorganisationen von einzelnen Behörden so verfolgt werden. Mit der Mahnung, der Organisation beizutreten, schloß Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. — Zum 2. Punkt schilderte Kollege Richter, der 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle München-West, die Ursachen der Entlassung, die ihm und dem 2. Bevollmächtigten Nagler durch Kommerzienrath Metzeler zu Theil wurde. Demnach haben 5 Mann der Reifenabtheilung die Arbeit niedergelegt, da ihnen eine geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligt wurde. Kollege Nagler habe dieser Leuten, als sie ihm von ihrer Absicht Kenntniß gaben, eindringlich abgerathen, die Kollegen haben nichtsdestoweniger die Absicht ausgeführt und gleichzeitig ihre Invalidenkarten verlangt. Einer dieser Kollegen, Namens Hofmeister, müßte nun seine ebenfalls in der Metzeler'schen Fabrik beschäftigte Ehefrau fälschlich unterrichtet haben, denn diese habe dem Kommerzienrath hinterbracht, daß er (Richter) und Nagler die Leute aufgehetzt hätten. Gerade das Gegentheil sei der Fall gewesen. Sie hätten niemals gehetzt und nur das gethan, was ihre

Pflicht war, nämlich für die Interessen ihrer Kollegen eingetreten und sie auf die Nothwendigkeit der Organisation aufmerksam gemacht. Redner glaubt nicht, daß die in Folge seiner Entlassung dem Kommerzienrath Metzeler zugeschickten Drohbriefe aus den Reihen der organisirten Arbeiterschaft stammen. Die organisirte Arbeiterschaft wisse ihre Interessen anders wahrzunehmen. Redner spricht derartigen anonymen Briefschreibern seine Verachtung aus. Der obengenannte Hofmeister gab selbst zu, daß von einer Aufhetzung keine Rede sein könne; er habe die Arbeit niedergelegt, weil ihn der Werkmeister Friedmann aufgefordert habe, aus dem Verbande auszutreten. Er habe seine Frau nicht fälschlich unterrichtet, sondern diese habe aus eigenem Antriebe gehandelt. Auch die übrigen vier Arbeiter, die die Arbeit niedergelegt, erklärten einhellig, daß sie ohne jedes Zuthun der Kollegen Richter und Nagler vorgegangen seien und konstatirten im Gegentheil, daß diese ihnen abgerathen hätten. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, in der die Handlungsweise des Herrn Metzeler scharf kritisirt wurde, wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die mit Herrn Metzeler zu unterhandeln hat, und folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben: „Die heutige, von über 300 Arbeitern besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und protestirt gegen die unberechtigte Entlassung der beiden Kollegen Richter und Nagler. Sie fordert die Firma Metzeler u. Ko. zur Wiedereinstellung der beiden Kollegen auf und fordert freies Koalitionsrecht und Anerkennung des Verbandes. Die ausgetretenen Kollegen erklären, daß Richter und Nagler an der Arbeitsniederlegung schuldlos sind. Zugleich spricht die Versammlung ihre Verachtung gegen anonyme Briefschreiber aus, kann aber nicht glauben, daß solch schlechte Elemente in den Reihen der organisirten Kollegen zu suchen sind. Jeder organisirte Kollege wird aufgefordert, das Seinige zur Entlarvung derartiger Elemente beizutragen."

Nienburg a. Saale. Sonntag, den 4. März, tagte unsere Mitgliederversammlung, welche diesmal sehr gut besucht war. Der 1. Bevollmächtigte eröffnete die Versammlung und theilte den Kollegen mit, daß der Kassirer des Verbandes Jean Wilhelm verschieden und daß der Verband an ihm einen treuen Kollegen verloren hat. — Es wurde beschlossen, daß das Reisegeschenk und die Unterstützung zur Beherbergung der reisenden Kollegen vom 1. Bevollmächtigten Wilh. Wagner ausbezahlt wird; wenn selbiger nicht anwesend ist, zahlt es Kollege Knoll als Stellvertreter aus. Ferner wurde beschlossen, einen Beitrag von 25 Pf. zum Stiftungsfeste zu zahlen. Zum Schluß ermahnte der 1. Bevollmächtigte die anwesenden Kollegen, sich beim Stiftungsfeste zu betheiligen, daß wir mit Stolz auf dieses Vergnügen zurückblicken könnten. Dann wurden noch zwei neue Kollegen aufgenommen.

Offenbach. Am 12. d. M. tagte unsere Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Streb über das Bürgerliche Gesetzbuch. 2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes. Der erste Punkt der Tagesordnung mußte leider bis auf später verschoben werden, da Kollege Streb wegen Unpäßlichkeit den Vortrag nicht halten konnte. Zum Punkt 2 gab Kollege Weber den Bericht des Gewerkschaftskartells. In der letzten Kartellsitzung erstattete der Delegirte der Zimmerer Bericht über den Stand ihrer Lohnbewegung, und hofft man, die Sache auf gütlichem Wege zu einer befriedigenden Erledigung zu bringen. Dem Vorstande des Kartells wurde eine jährliche Entschädigung von 100 Mk. bewilligt. Bezüglich der Unterstützung der durchreisenden Kollegen wurde nach längerer Debatte beschlossen, die Art der Unterstützung den einzelnen Gewerkschaften zu überlassen. Weiter wurde zu der in Aussicht genommenen Gewerkschaftsversammlung, in der Genosse Elm-Hamburg über die Genossenschaftsbewegung sprechen soll, das Lokal der Turngesellschaft bestimmt. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich verschiedene Kollegen gegen die Herbergskontrole aus, und wird dieselbe aufgehoben, da sie ihren Zweck nicht erfüllt. Kollege Streb führte aus, was die Unterstützung durchreisender Kollegen anbetreffe, so brauche sich Offenbach nicht zu schämen vor anderen Städten, und wenn jede Gewerkschaft unsere Unterstützungsweise einführte, dann verschwände auch die Bettelei in den Arbeiterwirthschaften, wie sie sich eben überall breit mache. Hierauf wird ein Antrag des Kollegen Ortlepp angenommen, wonach allen durchreisenden Verbands-Kollegen ohne Unterschied die Lokalunterstützung ausbezahlt wird. Unter „Verschiedenes" findet Kollege Knöchel es unbegreiflich, wie der Verbandsvorsitzende Kollege Brey dazu komme, auf eine Anfrage eines Kollegen im Briefkasten des „Proletarier" zu antworten, die Sterbetafel sei nur für diejenigen Mitglieder, deren Angehörige Anspruch auf Sterbegeld machen können. Verschiedene Kollegen protestiren ebenfalls dagegen, daß man auf diese Weise zwei Klassen von Mitgliedern einführe.

Anmerkung der Redaktion: Die Sterbetafel dient statistischen Zwecken! Die Kollegen vieler Orte haben geglaubt, es seien alle Todesfälle von Mitgliedern darunter zu verzeichnen und haben Anzeigen eingesandt. So lange diese Anzeigen nicht allzu zahlreich einliefen, haben wir die einsendenden Kollegen brieflich verständigt. Diese protestirten niemals. Als die Anzeigen aber zu zahlreich einliefen, hielt ich einen Hinweis für nothwendig zur allgemeinen Aufklärung. Wissen die protestirenden Kollegen, wie viel Raum uns durch solche unentgeltliche Anzeigen verloren ginge? Ich weiß es! Wenn die Proteste so weiter kommen, dann empfiehlt es sich, alle Maßnahmen des Vorsitzenden einer Urabstimmung zur Entscheidung zu unterbreiten, dann ist er wenigstens dagegen gesichert, daß sein Name stehende Rubrik in den Spalten des „Proletariers" wird.

Potsdam. Am 22. Februar tagte in Voigt's Blumengarten unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Es wurde beschlossen, daß neue Mitglieder, die noch nicht 13 Beitragswochen geleistet haben, nur die Hälfte der Unterstützung für die erste Woche beanspruchen können. Ferner wurde beschlossen, daß die wöchentlichen Beiträge zum örtlichen Streikfonds jetzt im Betrage von 20 Pf. gezahlt werden müssen. Zum Abstempeln der Streikmarken ist ein Stempel mit Datum beschafft worden, und da ist den Kollegen zu rathen, jeden Sonnabend zu erscheinen.

Rothenburgsort. Am 14. März tagte unsere gut besuchte Mitgliederversammlung bei v. Eitzen. Das Andenken des verstorbenen Kollegen und langjährigen Hauptkassirers Jean Wilhelm wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Der Genosse Sagge hielt einen Vortrag über die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz. Es wurde eine Resolution, welche den deutschen Reichstag bittet, die von dem Berliner Arbeitersekretär-Verein zu dieser Novelle eingereichte Petition zu berücksichtigen, einstimmig angenommen. Den Bericht vom Gewerkschafts-Kartell erstattete Kollege Schwarz. Nachdem noch beschlossen war, zu der am 4. April tagenden Mitgliederversammlung einen Vortrag über Rechte und Pflichten des Miethers auf die Tagesordnung zu setzen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Schlutup. In der am 4. März tagenden Versammlung, die im Gasthofe „Zur Mühle" tagte, wurden ein 3. Bevollmächtigter und ein Revisor vorgeschlagen. Dann wurde die Einführung von Marken beschlossen. Jeder Kollege ist verpflichtet, davon mindestens vierteljährlich eine zu nehmen. Ferner wurde bestimmt, daß Mitglieder, die zweimal hintereinander die Versammlungen nicht besuchen, eine Strafmarke nehmen sollen. Man hofft dadurch, einen regeren Versammlungsbesuch zu erhalten.

Spandau. Endlich haben auch hier die Kollegen in einer am Montag, den 5. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Radtke abgehaltenen öffentlichen Versammlung eine Zahlstelle gegründet, deren Mitgliederzahl gegenwärtig 70 beträgt. Als Bevollmächtigte wurden die Kollegen Strehlke, Knoche und Lieske vorgeschlagen. Die Zahlstelle befindet sich im Lokale des Herrn Radtke, Neumeisterstraße 5.

Wedel. Am Sonntag, den 14. März, hielten wir unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale der Wwe. Ramble ab. Nachdem die Beiträge erhoben waren, wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht und zwar die Kollegen Warms, Wedel und Hauto als Bevollmächtigte, Meyer und Frenzel als Revisoren. — An dieser Stelle weisen wir darauf hin, daß am 18. März, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Wwe. Ramble eine öffentliche Versammlung abgehalten wird, deren Besuch den Kollegen angelegen sein muß.

Wilhelmsburg-Georgswerder. Sonntag, den 11. März, tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die leider nur schwach besucht war. Die Kollegen, die nicht anwesend waren, sind wirklich um einen Genuß gekommen, denn der Vortrag, den Kollegin Zietz hielt, war in jeder Beziehung interessant und lehrreich. Rednerin hatte den Dichterfürsten Heinrich Heine als Thema gewählt, und behandelte dessen Schöpfungen in ihrer sozialen, politischen und künstlerischen Bedeutung. Den Kollegen geschieht es schon recht, daß sie um die Bereicherung ihres Wissens gekommen sind, warum schwänzen sie immer die Versammlungen. Im 2. Punkt der Tagesordnung wurde Kollege J. Faupel als 2. Delegirter zum Gewerkschaftskartell gewählt. Unter „Verschiedenes" wurde zunächst das Regulativ des Gewerkschaftskartells vorgelesen und demselben zugestimmt. Nachdem noch mehrere Angelegenheiten erwähnt und geregelt waren, und der 1. Bevollmächtigte nochmals aufgefordert hatte, energisch für den Verband zu agitiren, weil jetzt zum Frühjahr die Arbeitsverhältnisse wieder besser würden und die Agitation eine leichtere sei, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wolgast. Die Mitgliederversammlung am 24. Februar ehrte das Andenken der Kollegen Wilhelm-Hannover und Johann Scheel durch Erheben von den Sitzen. Hierauf gab der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß der Arbeiter Wilhelm Wagner unsere Organisation in jeder Art und Weise zu verunglimpfen sucht und auch sonst bestrebt ist, die Kollegen zu schädigen. Es empfiehlt sich, daß die Arbeiter sich vor dem Genannten in Acht nehmen, weil er auch in ganz eigenartiger Weise die Wahrheitsliebe bethätigt. Es ist derselbe Wagner, mit dem die im vorigen September auf dem Gußstahlwerke Kappel erfolgte Maßregelung von 5 unserer Kollegen in Verbindung zu bringen ist. Hierauf wurde der Bericht der Beauftragten zu der auf den Arbeitsplätzen zu erfolgenden Statistik entgegen genommen. Nachdem noch beschlossen worden, bei dem Vorstande eine nochmalige Unterstützung des Kollegen Pommer zu beantragen, hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Zülchow. Sonntag, den 4. März, tagte im Lokale des Herrn Lilie in Bredow unsere Mitglieder-Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des Verbandskassirers, Kollegen Jean Wilhelm, durch Erheben von den Sitzen geehrt. Kollege Behnke berichtete über die letzten Unterhandlungen mit der Direktion des „Vulkan", worüber sich noch eine lebhafte Debatte entspann. Es wurde betont, daß das, was bewilligt worden ist, nicht bewilligt worden wäre, wenn nicht der allzustarke Wind der Flottenvorlage geweht hätte. Betreffs Verkürzung der Arbeitszeit wurde Kollege Behnke beauftragt, sich mit den Vorständen der Gewerkschaften wegen nochmaliger Unterhandlung in Verbindung zu setzen. Dann wurde die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung beschlossen, welche am 1. April tagen soll. Darauf wurden die über das Unterstützungswesen getroffenen Bestimmungen verlesen, und diese nach einigen kleinen Aenderungen angenommen. Zur Verwaltung der Unterstützungskasse wurden die Kollegen Reinke und Blankenburg als Kassirer gewählt. Als Revisoren wählte man die Kollegen Putscher und Pohlmann. Außerdem wurde eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Becker, Schmenkel und A. Huneke, gewählt, welche noch etwaige Vorarbeiten zu machen hat. Kollege Behnke führte an, daß verschiedene Kollegen nicht damit einverstanden seien, daß der 2. Bevollmächtigte, Kollege J. Müller, zu gleicher Zeit auch dem Vorstande eines anderen Vereins (Lokal-Verein) angehöre. Nach einer kurzen Auseinandersetzung legte dann Kollege Müller sein Amt als 2. Bevollmächtigter nieder, und wurde Kollege Zühlsdorf an seine Stelle und als Revisor für Zühlsdorf Kollege Zehm in Vorschlag gebracht. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Bekanntmachung.

An die Zahlstellen des Gau 5.

Sitz: Altenburg (S.-A.).

Der Unterzeichnete beruft hiermit die diesjährige

Konferenz

auf **Sonntag, den 29. April, Vormittags 11 Uhr,** nach **Halle-Trotha a. d. S.** in das Restaurant „Zur Sachsenburg", Magdeburgerstraße 4, ein.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Bericht des Gauvorstandes.
3. Bericht der Delegirten.
4. Die nächsten Aufgaben des Gauvorstandes.
5. Wahl des Ortes, an dem der Gauvorstand seinen Sitz hat.

Wir ersuchen die in Betracht kommenden Zahlstellen, unverzüglich zur Konferenz Stellung zu nehmen und die Wahlen der Delegirten zu vollziehen.

Der Gauvorstand des Gau 5.
J. A.: Emil Gerth.

An die Zahlstellen des Gau 4 (Anhalt und die angrenzenden Orte).

Laut Beschluß unserer vorjährigen Konferenz, sowie unserer letzten Gauvorstandssitzung findet unsere

2. Gaukonferenz

Sonntag, den 6. Mai, Vormittags 12 Uhr, in **Köthen** im „Goldenen Engel" statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht der Delegirten.
3. Wie haben wir in Zukunft unsere Agitation zu entfalten?
4. Erledigung der Anträge.
5. Verschiedenes.
6. Wahl des Gauvorstandes.
7. Wo findet unsere nächste Konferenz statt?

Die Zahlstellen unseres Gaues, sowie die Einzelmitglieder desselben werden ersucht, zur Konferenz Stellung zu nehmen und die Delegirten zu wählen. — Anträge sind bis zum 15. April an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit kolleg. Gruß!
J. A.: **E. Trenkhorst,** Vorsitzender des Gau 4,
Dessau, Kochstedterstraße 41.

Quittung.

Seit dem 5. März gingen folgende Beträge ein: Düsseldorf 7,54; von Kollegen Wilhelm's Erben 596,36; Koswig 31,28; Hecklingen 13,17; Spandau 15,45; Dessau (Inserat No. 4) 1,80 Mk.

Aug. Brey.

Schluß: Dienstag, den 20. März, Mittags 12 Uhr.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Altenbrak i. Harz. (Gau 2.) Paul Richter.
Barth. Friedrich Holstein, Hunnenstraße 482.
Düsseldorf. Jos. Häuser, Loretostraße 49 III.
Höchst a. Main. Josef Firmthaler, Dreikönigstraße 8.
Mannheim. Georg Dirsch, 4. Querstraße 36.
Schkeuditz. Herm. Petzold, Hallesche Straße 58 II.
Spandau. Jul. Strehlke, Salzhof.
Stadtilm. Ernst Kirschner.
Wieseck b. Gießen. (Gau 12.) Wilh. Lich, Philosophenstraße 148.

Sterbetafel.

Milan Bukasinowic aus Agram (Kroatien), geb. am 7. August 1867, eingetreten am 11. Juli 1895, gestorben am 18. Februar zu Sande.

Wilhelm Weppner, B.-No. 09 480, geboren am 30. Januar 1877 zu Linden, eingetreten am 6. Dezbr. 1895, gestorben am 23. Februar zu Linden.

Valentin Janke. B.-No. 20 726, geb. 1838, eingetreten am 6. Sept. 1896 in Flensburg, gestorben am 24. Februar.

Briefkasten.

L. O., Mannheim. Es ist nicht angängig, daß Mitglieder das Ankaufen von Streikmarken unterlassen. Der Beschluß des Verbandstages erklärt es für die Pflicht eines jeden Mitgliedes, mindestens monatlich eine Streikfondsmarke zu kaufen. In Zukunft werden wir die Abrechnung so veröffentlichen, daß daraus ersichtlich ist, welche Zahlstellen ihrer Pflicht nachkommen und in welcher Weise das geschieht. Praktisch machen wir die zu gewährenden Unterstützungen von der Leistung der Streikbeiträge abhängig; wir bringen letztere in Abzug. Gruß Aug. Brey.

Inserate.

Blankenburg a. Harz.

Sonntag, den 25. März: **Oeffentliche Arbeiter-Versammlung** im Vereinskasino. Tagesordnung: **Die Lohnfrage.** Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

0,90 Mk.] **Der Einberufer.**

Zahlstelle Cannstatt.

Unsere regelmäßigen Versammlungen tagen jeden **ersten** Sonnabend im Monat bei Peter Reuer, „Zum goldenen Rößle", Marktstraße. — Am 7. April tagt die **halbjährliche Generalversammlung.** [0,90 Mk.

Zahlstelle Zerbst.

Sonnabend, den 31. d. Mts., Abends 8 Uhr, bei Ferchland: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls; 2. Vorschlagen eines 1. Bevollmächtigten; 3. Wahl eines Hilfskassirers 2c. [0,90 Mk.

Zahlstelle Rothenburgsort.

Mittwoch, den 4. April, Abends 8½ Uhr: **Mitglieder-Versammlung** bei v. Eitzen, Reginenstr. 137. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Rechte und Pflichten des Miethers". 2. Innere Verbandsangelegenheiten.

1,05 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstellen Altona und Ottensen.

Sonnabend, den 31. März, bei Buchholz, Am Felde:

Gemeinschaftliches Stiftungsfest

bestehend in **Theateraufführungen** und **Ball.** — Kartenpreis 20 Pfg. und 10 Pfg. [1,05 Mk.

Zahlstelle Wilhelmsburg-Reiherstieg.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 14. d. Mts., unser Kollege und früherer erster Bevollmächtigter

Peter Bischoff

nach langem Leiden, im Alter von 48 Jahren, entschlafen ist. Er wird betrauert von Frau und Kindern.

2,25 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Unserem Kollegen

Clemens Schulze

und seiner Braut, Fräulein

Bertha Bürger

zu ihrer am 1. April d. J. stattfindenden Hochzeitsfeier ein **donnerndes Hoch!**

1,50 Mk.] **Zahlstelle Hildesheim.**

Unserer treuen Kollegin, Frau [1,35 Mk.

Louise Zietz

zu ihrem am 25. März 1900 stattfindenden Wiegenfeste die **besten Glückwünsche!**

Die Verbandskolleginnen Auguste u. Minna der Zahlstelle Hamburg-St. Georg.

Unserem Mitgliede

Johann Hofmann

zu seiner am 21. März d. J. stattgefundenen silbernen Hochzeit die **herzlichsten Glückwünsche!**

1,20 Mk.] **Die Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. M.-Niederrad.**

Verantwortlicher Redakteur: August Brey, Hannover. Verlag von A. Lohrberg, Hannover. Druck von Dörnke & Löber, Hannover.